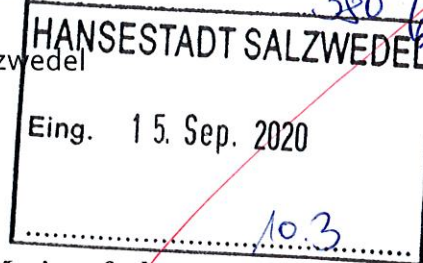




BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schadewachten 22a, 39576 Stendal

Stadtrat Hansestadt Salzwedel



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Stadtrat Hansestadt Salzwedel

Schadewachten 22a,
39576 Stendal

Tel: 0176 554 72 161

Email: Cathleen.hoffmann@gruene-altmark.de

Antrag: Geflüchtete aus Moria aufnehmen

Stadtrat Hansestadt Salzwedel | Datum 30.07.2020 | Nummer A00015/20

Beschlussvorschlag:

Mehr Geflüchtete insbesondere unbegleitete Minderjährige in Salzwedel aufnehmen!

Der Stadtrat Hansestadt Salzwedel erklärt seine Bereitschaft, geflüchtete Menschen zusätzlich über das Zuweisungskontingent hinaus aufzunehmen. Dies gilt insbesondere für unbegleitete minderjährige Geflüchtete. Der Stadtrat will damit ganz bewusst ein Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit setzen angesichts der absolut unhaltbaren, unmenschlichen Zustände im niedergebrannten Flüchtlingscamp in Moria/Griechenland. Der Stadtrat fordert Bundesinnenminister Horst Seehofer auf, diese Möglichkeit unverzüglich zu eröffnen. Begründung: Seit Wochen spielen sich in Moria dramatische Szenen ab, die 13.000 Menschen in Moria haben ihr Obdach verloren, ihnen wird der Zugang zu Nahrung und Trinkwasser verweigert. Die Situation vor Ort ist eine menschliche Katastrophe und muss unverzüglich beendet werden. Geflüchtete Menschen werden zum Spielball politischer Interessen. Ihnen wird das Recht auf Asyl verweigert. Damit wird gegen EU-Recht und gegen die Menschenrechte allgemein verstoßen. Sie bleiben sich selbst überlassen, ohne Dach über dem Kopf, bei Kälte und Regen. Sie werden mit Tränengas und auch scharfer Munition beschossen, geschlagen, bestohlen, es gibt Tote und Verletzte. Besondere Leidtragende sind Kinder und Jugendliche, viele davon unbegleitet. Die Lage in den griechischen Lagern ist schon sehr lange katastrophal. Sie sind teilweise sechsfach überbelegt, die hygienischen Zustände spotten jeder Beschreibung, Kälte und Krankheiten tun ihr Übriges. Diejenigen, die eine Flucht übers Wasser riskieren, werden vorsätzlich von griechischen und türkischen Patrouillenbooten in Lebensgefahr gebracht. All dies ist rechtswidrig und inhuman, wird aber gemacht. Daran ändert die immer wieder geäußerte Formel, es müssten europäische Außengrenzen geschützt werden, nichts. Unter humanitären Gesichtspunkten müssen diese Zustände unverzüglich beendet werden. Die EU-Regierungen haben viele Monate Zeit vergeudet bei dem erfolglosen Versuch, eine einvernehmliche Lösung zu schaffen und befinden sich in einer selbstverschuldeten Sackgasse. Das kann nicht so weiter gehen. Viele deutsche Kommunen haben sich bereit erklärt, Menschen aufzunehmen. Es sind also Kapazitäten vorhanden. Der Bundesinnenminister stellt zwar in Aussicht, 400 Kindern im Rahmen einer europäischen Regelung zu helfen. Sie müssen aber entweder krank oder unbegleitet und unter 14 Jahren sein. Das ist keine humanitäre Lösung und reicht bei Weitem nicht aus und entschärft das Problem kaum. Die Hansestadt Salzwedel will helfen!

Cathleen Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzende

